

[zeit.de](https://www.zeit.de)

# Institut für Weltwirtschaft : IfW-Chef prognostiziert hohe Lohnsteigerung

*Folge 229*

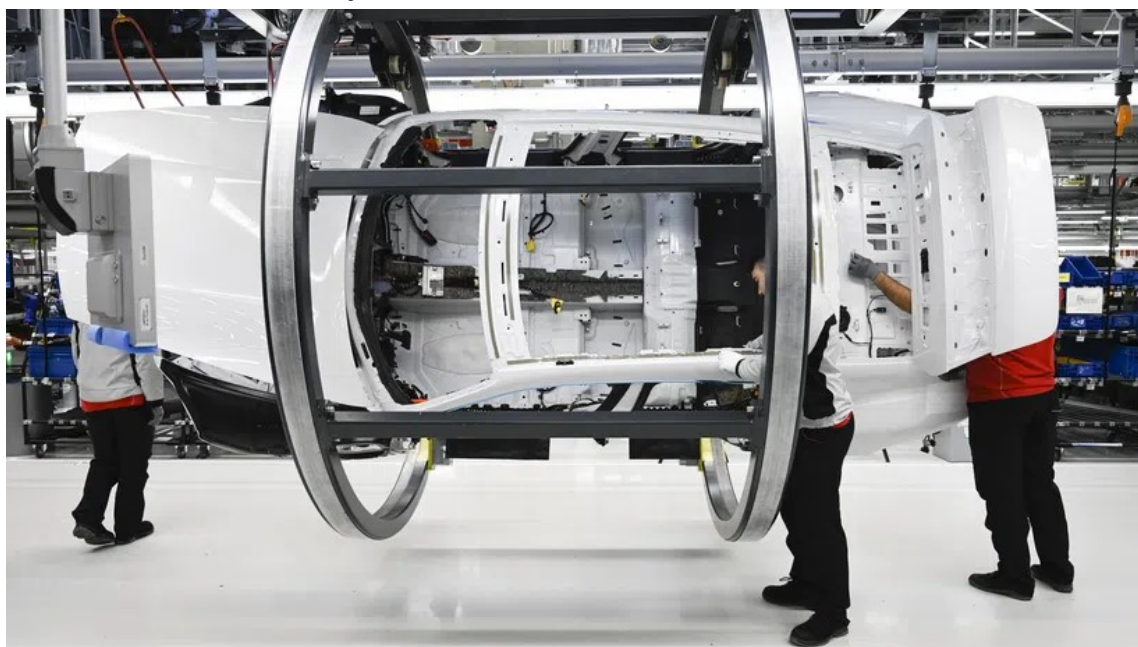
5-6 Minuten

---

Die verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland werden weniger, der Lohn könnte um fünf Prozent jährlich steigen, sagt Gabriel Felbermayr. Die EZB mahnt aber zur Vorsicht.

21. September 2021, 13:06 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, Reuters, AFP, [wik 171 Kommentare](#)

► Artikel hören Player schließen



Werden die Fachkräfte rar, steigen die Löhne – so lautet die Rechnung der Experten vom Institut für Weltwirtschaft.

© Thomas Kienzle/AP/dpa

Der Chef vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel bewertet

"die Lage für Arbeitnehmer in Deutschland so gut wie seit 30 Jahren nicht mehr". Er prognostiziert hohe Lohnsteigerungen aufgrund der demografischen Entwicklung. "Im Durchschnitt sind Lohnerhöhungen von fünf Prozent im Jahr realistisch", sagte [Gabriel Felbermayr](#) der *Bild*-Zeitung. In den vergangenen Jahren seien die Nominallöhne hingegen nur zwischen 2,5 und drei Prozent im Jahr gestiegen. Das Lohnplus könne in Branchen, in denen Fachkräfte dringend gebraucht würden, sogar noch höher ausfallen.

Grund für das starke Lohnplus in den nächsten Jahren ist laut Felbermayr, dass "spätestens ab 2023 die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte wegen des demografischen Wandels sukzessive sinken" wird. "Die Firmen werden deshalb um Beschäftigte so stark wie seit Jahrzehnten nicht buhlen." Eine Anhebung des [Mindestlohns](#) sowie höhere Inflation trage ebenfalls dazu bei, dass die Löhne deutlich stärker als bisher steigen werden, sagte Felbermayr.

## Höhere Inflation erwartet

Zu Gehaltssteigerungen äußerte sich auch der Vizechef der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Luis de Guindos, im Hinblick auf die Inflation. Bislang sehe er kaum Auswirkungen der hohen Inflation auf die Lohnrunden. Doch warnte der EZB-Vize davor, Gehaltserhöhungen an die im Zuge der Pandemie in diesem Jahr deutlich gestiegene Teuerungsrate fest zu koppeln.

Er verwies darauf, dass einige Staaten in Europa bei Renten und Löhnen im öffentlichen Dienst entsprechende Regelungen hätten. Diese sollten seiner Ansicht nach jedoch 2021 nicht greifen, damit sich der vorübergehende Inflationsanstieg nicht verstetige. "Das ist etwas, das wir vermeiden sollten", sagte de Guindos.

Um den November herum dürfte die Teuerungsrate mit Werten von 3,4 bis 3,5 Prozent in der Eurozone am höchsten sein, sagte er. Die Inflationsrate im Euroraum war im August auf 3,0 Prozent angestiegen, den höchsten Wert seit rund zehn Jahren.

Deutsche Börse - Dax um zehn Unternehmen erweitert – und erst mal im Minus Mit Neuzugängen wie Airbus zählt der Dax nun 40 Unternehmen. Für Kursunsicherheit sorgt die Pleite des chinesischen Konzerns Evergrande und die anstehende Bundestagswahl. © Foto: Boris Roessler/dpa

[Startseite](#)